



**Landesverband des
Dachverbandes
Gemeindepsychiatrie e. V.
Köln**

Geschäftsstelle LV GP BW • Kneippweg 8 • 70374 Stuttgart

An die Fraktionen
im Landtag Baden-Württemberg

Geschäftsstelle
Kneippweg 8
70374 Stuttgart

Sonja Weinhart

Tel.: 0711 76160703
info@gemeindepsychiatrie-bw.de
www.gemeindepsychiatrie-bw.de

Bürozeiten:
Mittwoch 10:00 – 12:00 Uhr

Stuttgart, den 15.12.2025

Unsere Impulse für die Landtagswahl

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Sicherung der Gemeindepsychiatrischen Versorgung in Baden-Württemberg ist für die Landtagswahlen ein wichtiges Thema. Land und Kommunen sind für die Weiterentwicklung verantwortlich.

Wirken Sie - wo immer Ihnen möglich - stigmatisierenden Tendenzen, aggressiven Zuschreibungen und populistischen Argumentationen im Hinblick auf den Personenkreis entgegen: Psychische Erkrankung kann jeden treffen. Menschen mit psychischen Erkrankungen sind nicht per se gewalttätig. Sie und ihre Familien benötigen aber in Krisensituationen kompetente Unterstützung.

Als Verband stehen wir für Weiterentwicklung der Gemeindepsychiatrie in gemeinsamer Verantwortung aller Akteure. Durch unsere Mitgliedseinrichtungen aus verschiedenen Landkreisen erfahren wir von sehr unterschiedlichen Strategien, mit kritischen Haushaltsbedingungen umzugehen. Wir erleben, dass geplante Projekte bei der Umsetzung ins Stocken geraten, dass bei der Gestaltung des BTHG die Zielsetzung einer höheren individuellen Bedarfsgerechtigkeit der Hilfen auf der Strecke bleibt und dass freiwillige Leistungen, die allerdings zum Teil unverzichtbare Versorgungsbestandteile betreffen, immer mehr auf den Prüfstand geraten.

Bitte setzen Sie sich in Ihren Wahlkreisen und als Verantwortungsträger im Landtag dafür ein, dass die Qualität der Hilfen für psychisch kranke Menschen nicht von deren Wohnort abhängt.

Besondere Aufmerksamkeit möchten wir dabei auf folgende Themen lenken:

- Projektförderung muss möglich bleiben**

Auch in Zeiten knapper Kassen bedarf es Impulsförderungen zum Schließen von Versorgungslücken und Förderung kreativer Ideen.

Vorsitzende
Angelika Tinter, Waiblingen

Stv. Vorsitzende
Achim Dochat, Überlingen
Torsten Hau, Reutlingen

Schatzmeister
Martin Brodmann, Calw

Schriftführerin
Friedhilde Rißmann-Schleip, Freiburg

Beisitzer
Volker Arfsten, Freiburg
Uwe Hellwich, Heilbronn
Regina Hütinger, Weinstadt
Melanie Schock, Heidelberg
Dr. Inge Schöck, Stuttgart
Dr. Heike Talkenberger, Stuttgart

Bankverbindung
Sparkasse Pforzheim Calw
IBAN DE28 6665 0085 0004 6605 44
BIC PZHSDE66XXX



- **BTHG entbürokratisieren, aber nicht zurückdrehen**

In der kommunalen Umsetzung der Reform der Eingliederungshilfe muss der Weg teilhabeorientierter personenzentrierter Hilfen weitergegangen, ein Wiedererstarken institutioneller Angebote vermieden werden.

- **Vorrang für präventive und niederschwellige Hilfen**

Präventive und niederschwellige Angebote müssen als Basis spezifischer und weitergehender Hilfen erhalten bleiben. Sie erreichen - mit vergleichsweise geringem Aufwand - eine große Zahl betroffener Menschen (z. B. Tagesstätten).

- **Selbsthilfe und Bürgerschaftliches Engagement stärken**

Ein besonders fatales Signal ist es, dass es immer häufiger zu Einsparungen sogenannter freiwilliger Leistungen bei der Förderung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement kommt. Gerade in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung sind Einsparungen im Bereich bürgerschaftlichen Engagements, Förderung von Eigeninitiative und Selbsthilfe für die engagierten Betroffenen ein frustrierendes Signal und damit kontraproduktiv.

- **Krisendienste sind unverzichtbar**

Die Notwendigkeit, Lösungen zu finden für niederschwellige Hilfen bei persönlichen Krisen und Notlagen wird bereits im Landespsychiatrieplan angesprochen. Krisendienste sind in vielen Fällen in der Lage, dramatische Zusitzungen zu verhindern und dadurch Klinikaufnahmen und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden. Auch in der aktuellen Debatte um ein Gesetz zur Suizidprävention spielen Krisendienste als unverzichtbarer Bestandteil der Basisversorgung eine zentrale Rolle. Es ist wichtig, dass dieses Thema auf der Agenda bleibt. Regionale Initiativen hierzu, wie z. B. in Freiburg, verdienen besondere Aufmerksamkeit.

- **Gemeindepsychiatrischen Verbund (GPV) stärken**

Der Gemeindepsychiatrische Verbund (GPV) ist die zentrale kommunale Verantwortungs- und Steuerungseinheit. Die angemessene Beteiligung aller Akteure (inkl. Psychiatrie-Erfahrene, Angehörige und engagierte Bürger:innen) stellt die Vernetzung der Hilfen und deren Weiterentwicklung im Konsens sicher. Und gerade wenn schwierige finanzielle Entscheidungen zu treffen und deren potenzielle Auswirkungen abzuwägen sind, ist es wichtig, alle Akteure partizipativ in die Verantwortung mit einzubinden.

Weitere Infos zu unseren Aktivitäten, Projekten und Statements finden Sie auf unserer Website www.gemeindepsychiatrie-bw.de

Mit freundlichen Grüßen

Landesverband Gemeindepsychiatrie
Baden-Württemberg e. V.



Angelika Tinter
Vorsitzende



Achim Dochat
Stellvertretender Vorsitzender

Vorsitzende
Angelika Tinter, Waiblingen

Stv. Vorsitzende
Achim Dochat, Überlingen
Torsten Hau, Reutlingen

Schatzmeister
Martin Brodmann, Calw

Schriftführerin
Friedhilde Rißmann-Schleip, Freiburg

Beisitzer
Volker Arfsten, Freiburg
Uwe Hellwich, Heilbronn
Regina Hüttiger, Weinstadt
Melanie Schock, Heidelberg
Dr. Inge Schöck, Stuttgart
Dr. Heike Talkenberger, Stuttgart

Bankverbindung
Sparkasse Pforzheim Calw
IBAN DE28 6665 0085 0004 6605 44
BIC PZHSDE66XXX